

Studenten- schubladisiert

Bildungsrat legt Marschhalt ein

Von Daniel Wahl

Liestal. Auf die hängigen Volksinitiativen zur Zukunft der Sekundarschule hat der Baslerbieter Bildungsrat pragmatisch reagiert: Er führt kurz vor den Volksabstimmungen keinen Lehrplan 21 für die Sekundarschulen ein und hat darum eine sogenannte Übergangsstudenten-tafel beschlossen. Damit ist die Einführung von den umstrittenen Sammel-fächern – beispielsweise die Zusammenlegung der Disziplinen Chemie, Physik und Biologie in ein Fach – für die nächsten zwei Jahre auf Eis gelegt.

«Wir sollen keine Beschlüsse fassen, die im Sommer durch die hängigen Initiativen wie «Genehmigung des Lehrplans 21 durch den Landrat» und das «Festschreiben von Einzelfächern im Bildungsgesetz» durch Volksbeschlüsse überholt werden könnten», begründet der Vizepräsident des Bildungsrats, Rolf Knechtli. Man verschaffe damit den Schulen Planungssicherheit und gewähre den Schülern, die heute als erster Jahrgang die sechste Klasse besuchen und seit der dritten Englisch und Französisch haben, dennoch eine nahtlose Schullaufbahn.

«Lingua» und «Mint» im Plan

Mit der Einführung der «Übergangsstudenten-tafel» kommt der Bildungsrat diesem Ziel näher: So wird im Wahlpflichtbereich das Fach «Lingua» mit Latein oder Italienisch im Leistungszug P (Progymnasium) angeboten. Das Fach «Mint» (Mathematik, Informatik, Natur und Technik) wird im Wahlpflichtbereich in den Leistungszügen P und E (Sekundarschule) angeboten – dies für die Übergangszeit, in der bildungspolitische Beschlüsse von Volk, Landrat und der Regierung anstehen.

Die Studententafel basiert also auf dem alten bisherigen Stufenlehrplan und nimmt nur sofern nötig Anpassungen vor. Man werde den Übergangslernplan zu Beginn des nächsten Jahres beraten und beschliessen.

Gelobt wird das Vorgehen von der Starken Schule Baselland. «Damit konnte die Einführung der stark umstrittenen Sammelfächer vorerst verhindert werden», heisst es in einer Stellungnahme. Und: «Die durch das fragwürdige Passepartout-Fremdsprachenkonzept notwendigen Anpassungen sind sinnvoll umgesetzt worden, ebenso konnte die Klassenstunde für Klassenlehrpersonen neu im siebten Schuljahr aufgenommen werden», gratuliert die Starke Schule der Bildungs-direktorin Monica Gschwind für «ihren ersten sichtbaren Erfolg».

Voraussichtlich am 6. Juni 2016 wird das Volk an der Urne definitiv entscheiden, ob die Fächer Geschichte, Geografie, Biologie, Chemie und Physik als Einzelfächer im Bildungsgesetz verankert werden.

Einstimmig fürs Tropeninstitut

Landrat sagt Ja zu Staatsvertrag

Liestal. Der Landrat hat gestern einstimmig mit 82 zu null Stimmen den Staatsvertrag über die gemeinsame Trägerschaft des Schweizerischen Tropen- und Public Health Institut (Swiss TPH) mit Basel-Stadt genehmigt. Mit gleichem Beschluss sprach er sich für einen Verpflichtungskredit in der Höhe von 14,52 Millionen Franken (in vier Jahrestischen zu 3,63 Millionen) und für eine Kreditsicherungs-garantie für den geplanten Neubau des Swiss TPH in Allschwil in der Höhe von 40 Millionen Franken aus. Das partnerschaftliche Geschäft ist die dritte Bedingung für das Zustandekommen des 80-Millionen-Entlastungsdeals mit Basel-Stadt.

Das Projekt für eine mehrkantonale Trägerschaft des Instituts, das laut Regierungsrätin Monica Gschwind Wirtschaft und Forschung in der Region stärke, war nicht nur bei allen Landratsfraktionen unbestritten, es wurde auch ausdrücklich gelobt. Caroline Mall (SVP) erklärte, mit dem Standort Allschwil könne endlich auch Baselland einmal von einer universitären Institution profitieren. Gu

Rotes Budget genehmigt

Fünfstündige Debatte endet mit gegenseitigen Beschuldigungen

Von Thomas Gubler

Liestal. Nach einer rund fünfstündigen Debatte hat der Landrat gestern den Voranschlag 2016 beziehungsweise das Jahresprogramm 2016 des Kantons Baselland mit 54 gegen 25 Stimmen, bei neun Enthaltungen gutgeheissen. Bei einem Aufwand von 2614,6 Millionen und einem Ertrag von 2573,6 Millionen Franken resultiert ein Defizit von 41,1 Millionen Franken. Die SP, die Grünen und ein Teil der Mitte verweigerten dem Budget die Gefolgschaft, nachdem die Debatte am Donnerstagnachmittag mitunter gehässig verlaufen und mit gegenseitigen Beschuldigungen zu Ende gegangen war.

Nach der Diskussionsverweigerung der Bürgerlichen am Mittwochabend war man gestern gespannt, ob SVP und FDP ihre Taktik vom Vortag durchziehen würden. Doch ob gewollt oder ungewollt entwickelte sich dann doch noch so etwas wie eine parlamentarische Auseinandersetzung über die verbleibenden Budgetanträge. Zwar erklärte Urs Kaufmann (SP) zu Beginn der Sitzung, er sei der erste Redner, der heute ins «schwarze Loch» sprechen dürfe. Doch dieses «schwarze Loch» hellte sich nach und nach auf. Und fast schon wider Erwarten konnte die Linke sogar einen Erfolg verbuchen.

Diego Stoll (SP) hatte in seinem Budgetpostulat beantragt, die Streichung von 100 000 Franken zur Finan-

zierung von 200 Stellenprozenten für Volontariate bei der Staatsanwaltschaft rückgängig zu machen. Die beiden Volontär-Stellen seien für die Staatsanwaltschaft unabdingbar zur Bewältigung der Arbeit, vor allem aber für die Rekrutierung von neuen Mitarbeitenden. «Sind Sie wirklich sicher, dass es sinnvoll ist, diese Volontariatsstellen zu streichen?», fragte Stoll. Dies würde nämlich bedeuten, dass deren Arbeit von wesentlich teureren Mitarbeitern



Landrat

Berichterstattung aus dem Baslerbieter Parlament

geleistet werden müsste. Ein Volontär verdiene dagegen gerade mal zwischen 2700 und 3000 Franken brutto.

Marc Schinzel (FDP) unterstützte Diego Stoll, was schliesslich dazu führte, dass dessen Budgetpostulat mit 45 zu 40, bei drei Enthaltungen, angenommen wurde.

Kürzung bei der Kultur

Weniger Erfolg hatte dagegen Jürg Degen (SP) mit seinem Postulat zur Aufhebung der Reduktion im Bereich Kulturförderung um 390 000 Franken. «Kultur ist wichtig für eine funktionierende Demokratie und sie trägt zur Standortförderung bei», sagte Jürg Degen. Er verstehe deshalb nicht,

warum Investitionen in die Kultur nicht auch als Wirtschaftsförderung verstanden würden. Der Abbau im Kulturbereich führt unter anderem zur Kürzung des Kunstkredits für den Ankauf regionaler Kunstwerke von 190 000 auf 50 000 Franken und zur Halbierung des Beitrags ans Landkino Sputnik.

Aber auch die Kundgebung der Kunst- und Kulturschaffenden am Mittwochabend vermochte die Landrätinnen und Landräte nicht vom Sparkurs abzubringen. Mit 45 Nein zu 37 Ja, bei vier Enthaltungen, lehnten sie Degens Budgetpostulat ab. Wobei das Nein auf bürgerlicher Seite kein einhelliges war. So blieb in den FDP-Reihen bei der Abstimmung der eine oder andere Platz leer. Regierungsrätin Monica Gschwind (FDP) hatte zuvor die Sparmassnahme bei der Kultur als «bedauerlich, aber unabdingbar» bezeichnet.

Die Kulturschaffenden reagierten postwendend auf den Entscheid und zwar mit einem «Nachruf auf die Baslerbieter Kulturförderung». Die Hoffnung sterbe zuletzt, aber nun sei sie doch gestorben. Während die Projekte der Kulturpartnerschaft mit Basel-Stadt zunächst gerettet scheinen, treffe es nun die eigenen Baslerbieter Projekte in ihrer Existenz, schrieben sie in ihrer Medienmitteilung. Das wollen die Kulturschaffenden jedoch nicht einfach hinnehmen. Am 3. Februar 2016 wollen sie in Liestal einen Verband gründen, der künftig ihre Interessen vertritt.

Die Schmalspur ist Geschichte

Gleis der Waldenburgerbahn wird verbreitert, Bus-Variante chancenlos

Von Boris Gygax

Liestal. Es war ein historischer Entscheid, der den Landräten sichtlich Trennungsschmerzen bereitete. Nach epischer und emotionaler Debatte, die sogar eine Sitzungsverlängerung erforderlich machte, rang sich der Landrat zur Umspurung der Waldenburgerbahn (WB) durch. Trotz Gegenstimmen schliesslich ein glasklarer Entscheid.

Die Zeit drängte: Würde der Landrat keinen Entscheid fällen, so würden die Bundessubventionen «die Frenke abfliessen», sagte Hannes Schweizer, SP-Landrat und Präsident der Bau- und Planungskommission (BPK). Der Bund verlangt einen Entscheid bis Ende Jahr. Der Landrat hat sich dafür also bis zum letzten Moment Zeit gelassen. Schweizer warf seine ganze Redekunst in die Waagschale, im Wissen, wie wichtig eine Entscheid war. Da er in Oberdorf nahe der WB wohne, habe er durch das Quietschen «eine Affinität zu den Schienen entwickelt». Er bat inständig im Namen der Kommission, die Einmeterspur zu beschliessen. Gründe: geringerer Unterhaltsaufwand des Trassees sowie Einsparungen bei der Fahrzeugbeschaffung und deren Unterhalt. Kosten: etwa 30 Millionen Franken. Die Bus-Variante sei aus finanziellen Gründen abzulehnen (zwischen 60 und 90 Millionen Franken).

Der Gegenwind kam postwendend, vor allem von der SVP. Auch für die Schmalspur von 75 Zentimetern könne man Material beschaffen, entgegnete SVP-Landrätin Susanne Strub. Der vorgeschlagene Weg der Schmalspur solle weiterverfolgt werden. Zudem befürchtet sie während der einjährigen Umbauzeit ein Verkehrschaos, wenn Busse die WB-Linie ersetzen. Bei einer Sanierung der Schmalspur könne man hingegen etappenweise vorgehen. Die Variante, ganz auf den Bus umzustellen, war selbst innerhalb der SVP chancenlos.

Träumen vom Tramanschluss

Lediglich Strubs Parteikollege Hanspeter Weibel sowie Rolf Richterich von der FDP setzten sich für eine Lösung ohne Schiene ein. Dank Technologievorsprung seien Busse in ein paar Jahren viel effizienter, sagte Richterich. Weibel unterstellte der BPK gar, die Bus-Variante «schlecht gerechnet» zu haben, und forderte, die Vorlage zurückzuweisen. Dieser Antrag wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag auf die Schliessung der Rednerliste. Der Zeit-



Meterspur ist die Zukunft. Nach langer Debatte war sich der Landrat einig: Die Dampfbahn auf der Schmalspur muss der Moderne weichen. Foto Moira Mangione

druck wurde dadurch nicht kleiner. Entschlossen gegen die Bus-Variante war auch Martin Rüegg (SP). Er blickte etwas weiter in die Zukunft und votierte für die Einmeterspur, weil dadurch auch ein allfälliger Tram-Anschluss erleichtert würde. Thomas Eugster (FDP) wollte den geplanten Vierspurenausbau in Liestal nicht gefährden und schloss sich darum Rüegg an.

In jedem Votum wurden «grosse Sympathien» für die Dampfbahn geäussert. «Wir müssen aber realistisch sein», sagt Matthias Häuptli (GLP). Für diese gebe es weder ein Betriebs- noch Finanzierungskonzept. «Zudem kann es nicht die Aufgabe des Kantons sein, eine Museumsbahn zu betreiben.» Lotti Stokar (Grüne) suchte

nach anderen Lösungen für die WB, man könne sie beispielsweise in der «Grün 80» herumfahren zu lassen.

Solche Vorschläge kommen beim Verein Dampfzug Waldenburgerbahn (VDWB) wohl eher schlecht an. Dieser äusserte sich enttäuscht über den Landratsentscheid. Die Folge sei eine «Kostenlawine». Am Ziel, die WB effizient zu modernisieren, sei man «weit vorbeigeschossen». Weiterhin werde man sich für den Erhalt des Dampfzugs der WB als historisches Kulturgut einsetzen. Dies kann auch bedeuten, dass der historische Entscheid (52 Ja, 20 Nein, eine Enthaltung), der gestern dann doch noch um 16.45 Uhr gefällt wurde, revidiert wird – und zwar mit einer Volksabstimmung.

Uni-Postulat abgeschrieben

SVP unterliegt mit 50 zu 37

Von Thomas Gubler

Liestal. Der Landrat hat gestern das Postulat von Oskar Kämpfer «Interkantonale Trägerschaft Universität Basel» mit 50 gegen 37 Stimmen abgeschrieben. Kämpfer wollte im März 2015 mit einer Motion die Regierung beauftragen, den Vertrag über die gemeinsame Trägerschaft der Uni und die Vereinbarung über das Immobilienwesen der Universität Basel zu kündigen. Die Motion wurde dann als Handlungspostulat überwiesen. In der Zwischenzeit haben die Regierungen von Baselland und Basel-Stadt jedoch die Vereinbarung über die 80-Millionen-Entlastung getroffen, womit der Uni-Vertrag, die Immobilienvereinbarung und der Kulturvertrag mit Basel-Stadt ungekündigt bis 2019 weiterlaufen sollen. Die Regierung erachtete das Postulat damit als erfüllt, erklärte Bildungsdirektorin Monica Gschwind (FDP), zumal dessen zweiter Teil, die Garantie des ungehinderten Zugangs für Studenten aus dem Baselpost, ohnehin gewährleistet sei.

Die SVP wollte das Postulat unbedingt stehen lassen, um «den Druck für die Aushandlung besserer Bedingungen aufrechtzuerhalten», wie Georges Thüring erklärte. Zudem sei das Anliegen einer Verbreiterung der Uni-Trägerschaft durch Einbindung der Kantone Aargau und Solothurn ebenfalls noch nicht erfüllt. Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) bezeichnete es als Fehler, dass man den Vertrag nicht gekündigt hat.

Integration bereitet Sorgen

Primarschulen beunruhigt

Von Boris Gygax

Liestal. Mit der steigenden Anzahl Flüchtlinge gibt es auch mehr Kinder, die eingeschult werden müssen. «Sie beherrschen weder unsere Sprache, noch kennen sie das Alphabet», sagte Pascal Ryf (CVP). Es sei zudem davon auszugehen, dass Kinder traumatisiert sind und eine besondere Betreuung brauchen. Folglich sind die Herausforderungen für Lehrer und die Klasse gross, diese Schüler im Unterricht zu integrieren. «Die Unsicherheit in den Primarschulen ist spürbar», betonte Ryf.

Die bisherige Einschätzung des Kantons zu diesem Thema lautet: Die Kinder und Jugendlichen werden von ihm «im Aufbau der notwendigen Kenntnisse der Unterrichtssprache unterstützt. Dadurch vermögen sie dem Regelunterricht zu folgen und «können erfolgreich lernen». Das Angebot für die Integration von fremdsprachigen Schülern sei demnach «ausreichend», «gut dotiert» und «schnell verfügbar», ein Ausbau also nicht nötig. Ryf wollte nun wissen, ob diese Einschätzungen auch in der aktuellen Flüchtlingskrise noch zutreffen, die Ressourcen noch ausreichen und forderte in einer Interpellation eine sofortige Situationsanalyse. Diese wurde von einer grossen Mehrheit des Landrats als dringlich erklärt.

Im laufenden Jahr seien etwa 200 minderjährige Asylsuchende ins Baselpost gekommen. Ein Viertel von ihnen sei im Vorschulalter. Eine Prognose über die weitere Entwicklung wollte Bildungsdirektorin Monica Gschwind nicht abgeben. Sie hielt jedoch fest: Wenn sich die Zahlen weiter so entwickeln wie bisher, gehe der Kanton von einer «leicht erhöhten» Zunahme aus.

Teilweise seien bereits Sofortmassnahmen getroffen worden. Eine Begleitgruppe habe eine Situationsanalyse vorgenommen. Es werde zurzeit geprüft, wo weitere Massnahmen nötig seien. Erschwerend kommt dazu: Basel-Stadt hat die Aufnahme von ausserkantonalen Teilnehmern an Integrationsklassen gestoppt. Der Kanton sei aber bemüht, mit laufender Kommunikation die Unsicherheiten in den Primarschulen zu beruhigen. Das geplante Registrierzentrum in Muttenz würde zudem die steigende Anzahl der Asylsuchenden dämpfen. Grundsätzlich sei die Situation zwar «angespannt», aber es herrsche «keine Notsituation», hielt Gschwind fest.